76. Jahrgang.
Erscheint Montag, Mittwoch, Donnerstag und Samstag.
Preis vierteljährlich hier 1 ℳ, mit Trägerlohn 1.10 ℳ, im Bezirks- und 10 km-Verkehr 1.15 ℳ, im übrigen Württemberg 1.25 ℳ. Monatsabonnements nach Verhältnis.

Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

Telephon Nr. 29. Telephon Nr. 29.

Auflage 2050.
Anzeigen-Gebühr f. d. 1spalt. Zeile aus gewöhnl. Schrift oder deren Raum: bei 1mal. Einrückung 10 ₰, bei mehrmaliger entsprechend Rabatt.
Gratisbeilagen: Das Plauderstübchen und Schwäb. Landwirt.

№ 89 Nagold, Donnerstag den 12. Juni 1902.

Amtliches.

Die Gemeindebehörden

werden auf die heute ausgegebene Bekanntmachung des K. Staatsministeriums vom 30. Mai d. Js. (Reg.-Bl. Nr. 17 S. 177), **betreffend die Formen des schriftlichen Geschäftsverkehrs der Behörden unter einander und mit dem Publikum,** hiemit zur Nachachtung besonders hingewiesen.

Nagold, den 11. Juni 1902.

K. Oberamt. Ritter.

Politische Uebersicht.

Von der Reichsbank. Der Reichsanzeiger meldet: In der gestrigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank wies Präsident Koch darauf hin, daß die Anspannung am Mai-Ende ebenso wie April-Ende größer war als im Vorjahre. Indessen sei die Lage doch durchaus befriedigend. Das Metall sei um 101 Millionen stärker als 1901, der Geldvorrat so groß wie nie zuvor. Die Anlage sei um 55 Millionen kleiner, fremde Gelder um 54 Millionen größer, Notenreserve um 30 Millionen größer als im Vorjahre. Obwohl die fremden Wechselkurse nicht gerade günstig seien, bestehe doch keine Besorgnis vor Goldausfuhr. Grund zur Diskontveränderung sei nicht vorhanden.

Zur Bestrafung des groben Unfugs bemerkt jetzt die Nordd. Allg. Ztg., daß das Reichsgericht den Standpunkt vertritt, daß nicht jede grobe und ungebührliche Handlung, welche das Publikum belästigt oder gefährdet, die Strafbarkeit begründe, vielmehr weiter erforderlich sei, daß die Handlung sich zugleich als Störung oder Gefährdung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung darstelle, ähnlich wie bei der von der gleichen Vorschrift (§ 360 Ziffer 11) betroffenen ungebührlichen Erregung ruhestörenden Lärms. Die Nordd. Allg. Ztg. fügt hinzu, auf Ersuchen des Reichsjustizamts haben die bundesstaatlichen Justizverwaltungen die Beamten der Staatsanwaltschaft angewiesen, sich bei der Erhebung der Anklage wegen groben Unfugs diese Grundsätze stets genau zu vergegenwärtigen.

Im preußischen Abgeordnetenhaus wurde am Sonnabend vor Eintritt in die Tagesordnung ein Schreiben des Ministerpräsidenten verlesen, in welchem es heißt, die Regierung lege nur noch auf Verabschiedung der Polenvorlage und des Fleischbeschaugesetzes in dieser Tagung Wert. Wünschenswert sei auch die Erledigung der lex Adickes und des Gesetzentwurfs über die Abänderung des allgemeinen Berggesetzes. Der Schluß des Landtags sei für den 14. d. M. in Aussicht genommen. Hierauf wurde die Polenvorlage ohne Debatte in dritter Lesung angenommen. Ein Antrag der Polen auf namentliche Abstimmung wurde abgelehnt. Das Haus nahm sodann die Vorlage, betreffend die Abänderung einzelner Bestimmungen des allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865, nach dem Vorschlag der Kommission an, beriet die Nachweisungen über die zur Errichtung landwirtschaftlicher Getreidelagerhäuser bis Ende 1901 bewilligten und verwendeten Beträge und erledigte eine Reihe Petitionen.

Der sächsische Landtag wurde am Freitag vom Minister von Metzsch mit warmen Wünschen auf baldige Genesung des Königs geschlossen.

Nach Meldungen aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika gestaltet sich die Lage des Kohlenarbeiter-Ausstandes immer bedenklicher. Bei vielen Gruben ist es nicht möglich, Leute zur Bedienung der Maschinen und Pumpen zu erhalten. Einige Gruben sind bereits ersoffen. Die Gewerbekammer von New-York hat angeregt, Präsident Roosevelt solle von den Besitzern der Gruben die Einsetzung eines Schiedsgerichts fordern; auf diese Weise hat s. Z. Präsident Cleveland den Ausstand der Eisenbahnangestellten seiner Beendigung zugeführt. Die Vertreter der Grubenbesitzer lassen aber verlauten, sie würden niemals in die Einsetzung eines Schiedsgerichts willigen; Einmischungsversuche würden den Ausstand nur verlängern.

Parlamentarische Nachrichten.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 9. Juni. Der Reichstag nahm heute den Gesetzentwurf über die Aufhebung des Diktaturparagraphen für Elsaß-Lothringen in dritter Lesung endgiltig an. Es folgte die zweite Beratung der Brüsseler Zuckerkonvention und des Gesetzentwurfes wegen Abänderung des Zuckersteuergesetzes. Abg. Graf Kanitz (kons.) möchte am liebsten die Brüsseler Konvention an die Kommission zurückverweisen und die Besprechung, die gar nicht eilig sei, bis zum Herbst vertagen. Im gegenwärtigen Stadium könne er es nicht verantworten, der Konvention zuzustimmen. Abg. Dr. Wiemer (freis. Vp.) bedauerte, daß die Kommission die Kontingentierung in das Gesetz wieder aufgenommen habe, und hofft im übrigen auf die Annahme der Konvention. Abg. Müller-Fulda (Zentr.): Die Konvention leide an erheblichen Mängeln, insbesondere sei der Ueberzoll zu niedrig. Würde die von dem Zentrum gewünschte Aenderung nicht angenommen, so müßten sie die Vorlage ablehnen. Abg. Bernstein (Soz.): Der Ueberzoll sei völlig überflüssig. Im Interesse der Vermehrung des inländischen Zuckerkonsums beantragte er, die Zuckersteuer ganz zu beseitigen. Abg. Graf Limburg-Stirum (kons.): Ohne gänzliche Aufhebung der Prämien seien seine Freunde nicht in der Lage, für die Konvention zu stimmen. Staatssekretär Graf Posadowsky beklagt, daß im deutschen Reichstage die deutsche Regierung dem Auslande gegenüber in dem Augenblick als schwach hingestellt werde, wo internationale handelspolitische Verhandlungen schweben, und bittet dringend um Annahme der Vorlage. Entgegen der früheren einhelligen Meinung des Hauses, daß alle direkten und indirekten Prämien aufzuheben seien, wende man heute eine Kasuistik an, die den Abschluß der Konvention unmöglich und die Prämienwirtschaft dauernd machen könne. Aus politischen und wirtschaftlichen Gründen müsse aber die Regierung auf die Annahme der Konvention den höchsten Wert legen. Redner bittet, alle Aenderungsanträge abzulehnen und die Zuckersteuer auf 14 ℳ festzusetzen. Vielleicht sei bei einer Besserung der Reichsfinanzen an eine Ermäßigung der Steuer zu denken. Abg. Dr. Rösicke (B. d. Landw.) erklärte, seine Freunde würden gegen die Konvention stimmen. Abg. Dr. Paasche (nat.) sagt für einen großen Teil seiner Freunde die Zustimmung zur Konvention zu. Abg. Gamp (Reichsp.) stimmt gleichfalls namens der großen Mehrzahl seiner Freunde der Konvention zu, ist auch trotz großer Bedenken mit der Kontingentierung einverstanden. Nach längerer Debatte wurde die Brüsseler Konvention angenommen.

Berlin, 10. Juni. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des Zuckersteuergesetzes. Der Präsident teilt mit, daß die Abstimmung über die Kontingentierung, wozu mehrere Anträge vorliegen, eine namentliche sein werde. Richter (fr. Vp.) meint, nichts sei verderblicher und grundverkehrter für die Zuckerindustrie als die Kontingentierung. Ebenso könnte man auch die Eisenbahnproduktion kontingentieren. Richter fährt fort: Wenn die Kontingentierung hier eingeführt würde, so würde nachher die größte Schwierigkeit bestehen, dieselbe wieder zu beseitigen; das zeige das Beispiel der Brennsteuer. Die Frage der Kontingentierung stehe in keinem Verhältnis zur Bedeutung der internationalen Uebereinkunft. (Beifall links.) Dörffel (Rp.) wird für die Kontingentierung stimmen. Der Protestag der Fabriken, der sich dafür ausgesprochen habe, sei immerhin ein respektabler. Schippel (Soz.) bittet um Annahme der Regierungsvorlage. Die Kontingentierung mache die Konvention illusorisch. Becker (Ztr.) erklärt, das Zentrum machte sich schlüssig, für die Kontingentierung einzutreten. Staatssekretär Thielmann erklärt die Regierungen seien entschlossen, die Frage der Kontingentierung erst dann zu lösen, wenn Erfahrungen auf Grund der Brüsseler Konvention gesammelt seien, welche die Mittel an die Hand geben, die beiderseitigen Interessen weiter abzuwägen. Barth (Fr.) befürwortet seinen Antrag auf Beseitigung der Kontingentierung. Der Staatssekretär hätte sich energischer gegen die Kontingentierung aussprechen müssen. Paasche (nat.) führt aus, seine Partei könne sich nicht dazu entschließen, jetzt, wo durch die Brüsseler Konvention die Prämien allgemein fortfallen, durch die Kontingentierung wieder neue Prämien einzuführen. Komierowski (Pole) wendet sich im Interesse der Rübenbauer des Ostens gegen den Kommissionsbeschluß. Szmula (Ztr.) tritt für die Kontingentierung ein. Graf Schwerin-Löwitz (kons.) erklärt, er gehöre zu der Partei, die der Brüsseler Konvention zustimme, der dies aber durch die Einführung der Kontingentierung erschwert werde. Hierauf wird in namentlicher Abstimmung § 45 betr. die Kontingentierung mit 194 gegen 114 Stimmen abgelehnt.

Berlin, 10. Juni. Die **Zolltarifkommission** des Reichstags begann die Abteilung: Sprengstoffe, Schießbedarf, Zündwaren, lehnte nach lebhafter Debatte die Pos. 361, rauchschwaches Schießpulver, Schießbaumwolle, Kolloidumwolle 20 ℳ ab, lehnte ferner Pos. 362, anderes Schießpulver, auch Sprengpulver, Dynamit, andere sprengfähige Erzeugnisse 5 ℳ ab und nahm dafür den folgenden Antrag Gothein an: Pos. 361 Schießbaumwolle, Kolloidumwolle 3 ℳ, Pos. 362, Schießpulver, Sprengpulver, andere Sprengmittel frei, dieselben in Hülsen oder Kapseln, soweit sie nicht unter Pos. 363 fallen, 5 ℳ.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 11. Juni. Nach 11tägiger Pause nahm die Kammer der Abgeordneten ihre Verhandlungen wieder auf. Sie erklärt zunächst ihr Einverständnis mit der Verfügung des kgl. Staatsministeriums betreffend die Vereinfachung der Formen im amtlichen schriftlichen Verkehr und erledigt dann 7 Petitionen, größtenteils durch Uebergang zur Tagesordnung. Eine längere Debatte entstand nur über die Bitte des Johann Abrell in Ludwigshafen um Ersatz des durch den Brand seines Hausrats bei Beförderung auf der K. Württ. Staatseisenbahn erlittenen Schadens. Die Redner sämtlicher Parteien befürworteten das Gesuch, während Minister von Soden dasselbe bekämpfte. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, die K. Staatsregierung zu ersuchen, dem Petenten eine entsprechende Entschädigung zu gewähren. Der Abg. Haug begründete eingehend seinen Antrag, in die angekündigte neue Wegordnung die Bestimmung aufzunehmen, daß die sogenannten Nachbarschaftsstraßen, welche sich seither in Verwaltung und Unterhaltung der Gemeinden und Amtskörperschaften befunden haben, mit Einführung der neuen Wegordnung in die Verwaltung und Unterhaltung des Staates übernommen werden, und beantragte dessen Verweisung an die Kommission für Gegenstände der inneren Verwaltung. Liesching beantragte Verweisung an die Finanzkommission und sprach die Ansicht aus, daß die ganze Frage im Wege des Etats gelöst werden könnte. Vogler machte eine Reihe von Bedenken geltend. Der Minister des Innern von Pischek ersuchte, die Beratung des Antrags mit der Beratung der neuen Wegordnung zu verbinden, die schon soweit gefördert sei, daß sie noch diesem Landtag zugehen werde. Gabler erklärte sein Einverständnis mit dem Antrag Haug, ebenso v. Geß und Krug, während Dambacher Bedenken äußerte. Kiene und Genossen beantragten, die Beratung des Antrags Haugs bis zur Vorlage der neuen Wegordnung auszusetzen. Nachdem noch eine Reihe von Rednern sich dazu geäußert hatten, wurde der Antrag auf Verweisung an die Finanzkommission angenommen. Minister von Pischek machte aus diesem Anlaß die Mitteilung, daß in der neuen Wegordnung beabsichtigt sei, das bisherige Staatsstraßennetz zu erweitern und neu zu verteilen und die Amtskorporationen zu verpflichten, die richtigeren Nachbarschaftsstraßen als Bezirksstraßen zu übernehmen. Nächste Sitzung morgen vorm. 9 Uhr.

Tages-Neuigkeiten.

Aus Stadt und Land.

Nagold 12. Juni.

Vom Rathaus. Verlesen werden verschiedene Einläufe; darunter ist ein Rapport der IV. Komp. der freiwilligen Feuerwehr um Abhilfe bezüglich des Hydrantenschachts Nr. 11 (u. a.), in welchem Wasser steht; infolgedessen sollen solche Hydranten nicht benützt werden können. Stadtbaumeister Lang erklärt, daß Abhilfe kaum und nur mit unverhältnismäßigen Kosten möglich sei, die betr. Hydranten (es handle sich um wenige) können aber von halbwegs geübten Leuten doch benützt werden. Eine Gefahr für die Wasserleitung sei ausgeschlossen und eine rasche Benützung bei Feuersgefahr möglich. Der GR. beschließt hienach, von der anderweitigen Herstellung der Hydranten abzusehen, dagegen den Hrn. Stadtbaumeister zu ersuchen, bei der nächsten Feuerwehrübung die Mannschaft entsprechend zu instruieren. — Beitragsgesuch von Oekonom Ganger zur Erstellung eines Pumpbrunnens auf seinem Anwesen mit einem Kostenvoranschlag von 432 ℳ. Petent begründet sein Gesuch damit, daß infolge Anlegung der städtischen Wasserleitung sein früherer Pumpbrunnen versiegt sei. Die Beschlußfassung wird ausgesetzt und das Stadtbauamt beauftragt, zu untersuchen, inwieweit die Gangersche Behauptung richtig ist. — Verlesen werden der Kostenvoranschlag mit 285 ℳ und die Bedingungen zur Herstellung der Einrichtung des neuen Kinderschullokals. Offerte wurden eingefordert und liegen vor von Werkmeister W. Benz mit 6%, von Schreinermeister Schühle mit 8½%, von Schreinermeister Chr. Blum mit 6% und von Schreinermeister Hiller mit 9% unter dem Voranschlag; letzterem wird die Ausführung zugeschlagen. — Ferner sind zwei Offerten eingegangen auf die Herstellung der Ufermauer auf der Insel; der Voranschlag ist 300 ℳ. Die Ausführung wird an Wilh. Benz, Werkmeister, mit 8,3% unter dem Voranschlag übertragen. Das Offert des Baugeschäfts Beutler und Drescher war 6% unter dem Voranschlag. — Die Metzger-Innung hat den Plan der Kanalisation zum Schlachthausbau eingereicht. Das in der letzten Sitzung zurückgestellte Gesuch wegen der Leitung durch ein städtisches Grundstück in der Länge von 12—15 Meter wird genehmigt unter der Voraussetzung, daß die Leitung einem etwa später anzulegenden Strang der städtischen Kanalisation auf Kosten der Innung angefügt wird. Eine Entschädigung wird nicht beansprucht, aber verlangt, daß das Grundstück sofort wieder in geordneten Stand gestellt wird. — Einer Aufforderung des Stadtbauamts zufolge sucht Steinhauermeister Gottl. Harr um Genehmigung einer von ihm erstellten Bretterhütte neben Gebäude Nr. 175 nach. Die Beschlußfassung wird ausgesetzt und dem Antrag des Stadtbaumeisters entsprechend eine Besichtigung an Ort und Stelle vorgenommen. — Vom K. Oberamt erhält der GR. zur Aeußerung die Akten in Sachen einer Badeanstalt-Einrichtung des Hr. Dr. Baumann. Das vom K. Oberamtsphysikat früher verlangte Läutwerk ist jetzt angebracht. Der GR. nimmt hievon Kenntnis und giebt die Akten zurück mit dem Vermerk, daß er nichts zu erinnern habe. — Vom K. Kameralamt ist eingelaufen die Abrechnung pro 1901 über die Erhebung des örtlichen Zuschlags zur Hunde-Abgabe. Darnach hat dieselbe für die Armenkasse 481.12 ℳ ertragen. Die Abrechnung wird anerkannt. — Damit ist die öffentliche Sitzung geschlossen.

Neuenbürg, 12. Juni. Der Bezirkswohlthätigkeits-Verein beschloß, 1) solchen Gemeinden, welche die Anstellung einer Krankenpflegerin auf sich nehmen, einen Beitrag — je nach Prüfung der Bedürfnisfrage und nach Maßgabe der verfügbaren Mittel — zu diesem Unternehmen in Aussicht zu stellen; 2) solchen Gemeinden, welche sich vorerst wenigstens zur Anschaffung eines sogen. „Krankenpflegekastens" entschließen, ebenfalls eine Gabe aus der Vereinskasse zu diesem Zweck bereit zu stellen. Was diese „Krankenpflegekästen betrifft, so möge zur Erläuterung dienen, daß im Jahre 1898 ein Komitee — unter dem Protektorat J. M. der Königin Charlotte — sich gebildet hat zur Einführung von Krankenpflegekästen („Charlottenpflegen") in Landgemeinden, welches die Krankenpflege auf dem Lande dadurch zu verbessern sucht, daß es die Anschaffung der nötigsten Gerätschaften für die Krankenpflege vermittelt. Geschäftsführer des Komitees ist Pfarrer Gaspar in Unterriexingen OA. Vaihingen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Stuttgart, 10. Juni. Straßenbahnen. Von den 345 Ausständigen sind 101 nicht wieder bei der Straßenbahn eingestellt worden. Diese bekommen vom Verband eine Unterstützung, die 10 ℳ pro Woche und bei Verheirateten für jedes Kind 1 ℳ mehr ausmacht.

Stuttgart, 10. Juni. Ein Erlaß der Betriebsinspektion der Kgl. Württ. Staatseisenbahnen spricht sich außerordentlich lobend und anerkennend für die außerordentlichen Leistungen des Personals in den letzten drei Tagen, wo über 100,000 Personen hier zu befördern waren, aus und erwähnt, daß diesem einigen Zusammenwirken es nur zu danken sei, daß die außerordentlichen Abfertigungen zu keinerlei Anständen oder Unfällen geführt haben.

Stuttgart, 11. Juni. In einer gestern vormittag gehaltenen Versammlung der nicht wieder eingestellten Straßenbahner wurde die Mitteilung gemacht, daß die Streikkommission eine Eingabe an die Stadtverwaltung gerichtet habe, um eine entsprechende Verwendung der ehemaligen Straßenbahner in städtischen Diensten zu erlangen; eine Eingabe gleichen Betreffs soll auch an das Ministerium gerichtet werden. Den Ausständigen wurde seitens der Kommission nahegelegt, die noch in ihrem Besitz befindlichen Uniformen und Ausrüstungsstücke sobald wie möglich im Depot der Straßenbahnen abzugeben, damit die Auszahlung der Kautionen und rückständigen Löhne, sowie des Anteils an der Pensionskasse erfolgen bezw. verlangt werden könne. Den Ledigen wurde seitens der Kommission empfohlen, sich womöglich auswärts nach einer Stellung umzusehen, damit die älteren und verheirateten Leute mehr Aussicht haben, hier eine entsprechende Beschäftigung zu finden.

Stuttgart, 11. Juni. Die Straßenbahndirektion giebt jetzt öffentlich Aufklärung über ihr Verhalten in der Streikwoche, woraus zu entnehmen ist, daß es ihr fernliegt über den Erfolg in dem ihr aufgedrungenen Kampf zu triumphiren, vielmehr sucht die Direktion die Wunden zu heilen, indem sie Neubauten forciert, um die Mehrzahl der bis jetzt nicht wieder eingestellten Ausständigen vorläufig im Bau und in Bälde dann im Betrieb zu verwenden. Thatsächlich handelt es sich nur noch um 40 Angestellte, die anderweitig Beschäftigung suchen müssen.

Stuttgart, 9. Juni. Die Denkschrift über das Hoftheatergebäude und die nach dem Brand zu treffenden Maßnahmen, die in diesen Tagen dem Landtag zugegangen ist, enthält eine ziemlich ausführliche Darlegung der in Betracht kommenden rechtlichen Fragen. Unbestritten ist die Verpflichtung des Staates, ein neues Hoftheater zu erbauen. Die Denkschrift kommt aber weiter zu dem Schluß, daß es sich nicht etwa einfach um einen Ersatz des alten Gebäudes handle, sondern daß der Neubau den Anforderungen der Gegenwart entsprechen müsse. Ueber das neu zu errichtende Theatergebäude schweben zur Zeit Verhandlungen zwischen Staatsregierung und Hof. Weniger klar ist die Frage, ob der Staat auch für die Erstellung eines Interimstheaters aufzukommen habe. Die Krone behauptet das, die Staatsregierung giebt es nicht ohne Weiteres zu. Der Entscheidung dieser Frage ist man durch die bekannte Vereinbarung aus dem Wege gegangen, wonach die Krone den Betrag von ℳ 50,000 übernimmt, während auf den Staat ℳ 350,000 auf die Stadt ℳ 250,000 Leistung entfallen. Wenn die Krongutsverwaltung hierbei sehr gut wegkommt, so ist doch in Betracht zu ziehen, daß sie durch den Hoftheaterbrand ohnehin stark in Anspruch genommen wird. Das von der Civilliste zu bestreitende Defizit des Theaters, das für das laufende Jahr mit ℳ 343,126 angesetzt war, wird nunmehr auf ℳ 528,570 berechnet, hat also eine Steigerung von nahezu ℳ 200,000 erfahren. Für die Zeit, in der der Theaterbetrieb auf das Interimsgebäude beschränkt werden muß, wird ein jährliches Mehrdefizit von ℳ 70,000 herausgerechnet. Ueber den Bau des künftigen Hoftheaters selbst sind noch keine Beschlüsse gefaßt worden.

Stuttgart, 10. Juni. Das Interimstheater soll voraussichtlich am 15. Oktober d. J. eröffnet werden. Die Hoftheaterintendanz hat über die Sitzplätze bereits Pläne anfertigen lassen, die eine Bestellung auf Abonnementskarten schon jetzt ermöglichen sollen.

Stuttgart, 9. Juni. Das Gesamtkollegium der Zentralstelle für die Landwirtschaft hat sich in seiner letzten Sitzung auch mit der Aufstellung des Etats der Kgl. Zentralstelle für die Jahre 1903 und 1904 beschäftigt und hierbei die Anstellung eines zweiten Landwirtschaftslehrers für die Winterschule in Ulm, die etatsmäßige Anstellung von zwei weiteren staatlichen Vereinigungsfeldmessern zum Zwecke einer rascheren Durchführung von Feldbereinigungsarbeiten, die Einstellung einer etatsmäßigen Stelle für den Sachverständigen für landwirtschaftliche Bauwesen mit Einreihung in die Kategorie der Bauinspektoren und endlich die Schaffung einer vierten Kollegialratsstelle, sowie die etatsmäßige Anstellung von 6 Kulturaufsehern anstatt bisher 2 beschlossen. Der letztere Beschluß erklärt sich aus der beabsichtigten Neuordnung des kulturtechnischen Dienstes, die sich als eine Folge des mit dem 1. Januar d. J. in Kraft getretenen Wassergesetzes darstellt. Es sollen zunächst drei Kulturinspektionsbezirke gebildet werden, die den Sitz in Reutlingen, Stuttgart und Ulm hätten. Den Kulturinspektoren müßten je zwei Kulturaufseher als Hilfspersonal beigegeben werden. Der Kulturingenieur für den Neckarkreis wäre Referent der Zentralstelle, Abteilung für Feldbereinigung und Kollegialrat.

Stuttgart, 10. Juni. Die diesjährige Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft in Mannheim geht heute zu Ende. Nach vorläufigen Nachrichten haben die Württembergischen Tierzüchter, welche daselbst in Konkurrenz getreten sind, bei der Prämierung neben 31 Anerkennungen 66 Geldpreise in der Gesamthöhe von 9105 ℳ erlangt. Hievon entfallen auf Rinder 54 Einzeln- und Sammlungspreise im Gesamtbetrag von 8235 ℳ, auf Schafe 5 Preise von zusammen 480 ℳ, auf Ziegen 7 Preise von zusammen 290 ℳ. Die Preise und Anerkennungen für Rinder verteilen sich auf die einzelnen Rassen in folgender Weise: 1) Fleckvieh bei 61 Ausstellungstieren 30 Preise im Gesamtwert von 5085 ℳ und 13 Anerkennungen, 2) Braunvieh bei 44 Ausstellungstieren 19 Preise im Gesamtwert von 2525 ℳ und 14 Anerkennungen, 3) Limburger Vieh bei 16 Ausstellungstieren 5 Preise im Gesamtwert von 625 ℳ und 3 Anerkennungen.

Fellbach, 10. Juni. Die Arbeiten an der Wasserleitung der Gruppe Fellbach, Schmiden und Oeffingen schreiten rasch voran. Die Ortsleitungen sind überall fertig gestellt und auch der Hauptstrang wird in nächster Woche fertig; emsig gearbeitet wird am Hochreservoir und an der Pumpstelle bei Aldingen, so daß in einigen Monaten das ganze Werk in Betrieb gesetzt werden kann. Der hiesige Ort verspürt zwar jetzt schon die wohlthätige Einrichtung der Wasserleitung, indem man unsere separate Leitung in provisorischer Weise nicht zuerst in das Reservoir führte, sondern direkt in das Hauptrohr einmünden ließ, damit das Wasser den Hausleitungen zugeführt werden kann. Was die Triebkraft des Pumpwerks betrifft, so hat die Kommission sich zur Aufstellung einer 50—60pferdigen Generatorsauggasanlage entschlossen, die den Vorteil geringen Kohlenverbrauchs hat; auch wird immer nur soviel Gas erzeugt, als der Motor jeweilig bedarf. Die Ausführung der Anlage wurde der Maschinenfabrik Eßlingen, bezw. der Motorenfabrik Deuz übertragen.

Cannstatt, 10. Juni. In Anwesenheit von 61 Delegierten aus allen Teilen des Landes hielt heute im „Bären" der Bezirksverein Württemberg des deutschen Fleischerverbands an Stelle des Bezirkstags, welcher heuer wegen des am 16. und 17. Juli in Stuttgart stattfindenden allgemeinen deutschen Fleischertags ausfällt, einen Delegiertentag. Der Verbandsvorsitzende Häußermann-Stuttgart, begrüßte die Versammlung, worauf der Jahresbericht und Rechenschaftsbericht verlesen wurden. Nach denselben besteht der württ. Verband aus 25 Innungen mit 826 Mitgliedern. Man verhandelte über Lehrlingsausbildung und andere Berufsangelegenheiten. Ein Antrag auf Abschaffung des Submissionswesens und Aufhebung der Fleischsteuer wird dem allgemeinen Fleischertag unterbreitet werden.

r. Eßlingen, 11. Juni. In unseren Obstanlagen, die teilweise noch zu guten Hoffnungen berechtigen, tritt in selten starker Zahl die Blutlaus auf. Behördlicherseits sind bereits Maßnahmen zur Bekämpfung dieses schädlichen Insektes getroffen worden. Nicht minder stark treten auch die Raupen auf, manche Bäume sind von denselben ganz eingesponnen.

r. Strümpfelbach, 11. Juni. Die Frühkirschenernte hat ihren Anfang genommen. Gestern wurden ca. 60 Körbe zum Versand gebracht.

Geislingen, 11. Juni. Wegen Meineids und Sittlichkeits-Verbrechen wurde gestern Schultheiß Ganzenhäuser von Altenstadt verhaftet und hier eingeliefert.

* * *

Eine neue Bischofsrede.

Bischof v. Keppler hat am letzten Montag in einer katholischen Männerversammlung im Schönthaler Hof zu Heilbronn wieder einmal zu einer längeren Rede das Wort ergriffen, in der er auf die einzelnen Punkte seiner vielbesprochenen Gmünder Rede zurückkam, die so viel Rumor gemacht habe.

Wir geben die Rede nach dem Schw. M. im Auszug wieder:

Er habe in Gmünd die Vermessenheit gehabt, manches an der modernen Kultur, Bildung und Zivilisation ungesund und faul zu finden, und darüber habe man sich ganz entsetzt gebärdet. Die gegen ihn gerichteten Anklagen könnten ihn jedoch nicht aufregen; denn er befinde sich in guter Gesellschaft. Sein Urteil über die moderne Bildung und Kultur sei keineswegs das eines fanatischen Schwarzsehers, eines verbohrten Reaktionärs; ähnlich urteilten die ernstesten Männer, die tiefsten Denker, die edelsten Protestanten der Gegenwart, ja selbst solche Männer, welche nicht einmal vom Standpunkt der Religion und des Glaubens aus, sondern lediglich mit Vernunft und Ehrlichkeit und offenen Augen urteilen. Die Vergleichung unserer Zeit mit der römischen Kaiserzeit stamme nicht von ihm, sondern von ganz anderer Seite; sie spreche Bände und spreche ein furchtbares Urteil über die moderne Welt. Nur der naivste, bildeste Kulturphilister, nur wer selbst schon ganz dem Schwindelgeist anheimgefallen sei, könne sich der Einsicht verschließen, daß vieles an unserer modernen Kultur schwindelhaft, erlogen, verfälscht, daher gesundheitsschädlich und todbringend sei. Die unsinnig hohe Einschätzung der bloßen Verstandes- und Wissensbildung und die Unterschätzung der Charakterbildung habe den Bildungs-, besonders den Halbbildungsschwindel erzeugt, eine schreckliche Geistesatmosphäre, in der nichts gedeiht als ein stinkender Hochmut und Uebermut, eine unerträgliche Frechheit, Ungezogenheit und Verrohung, eine moderne Form von mit Glanzfirnis angestrichener Barbarei. Die moderne Kultur mit ihrer raffinierten Steigerung und Verfeinerung der Lebensgenüsse und noch raffinierten Verfälschung der Genuß- und Nahrungsmittel (der leiblichen und geistigen), mit ihrer ruhelosen Lebensweise und steten Hetzjagd mit ihrem ungesunden Freiheitsdrang, der keine Ordnung und Autorität mehr achtet, mit ihrer entsetzlichen Presse, mit ihrem Bodensatz von Demoralisation, Unmäßigkeit, Verlogenheit, Ehrlosigkeit und Gewissenlosigkeit in Handel und Wandel — wo diese Kultur eingedrungen sei, da sei es um Glück und Gesundheit des Volkes geschehen, da mache sie das Volk siech und krank an Leib und Seele, da zeigen sich jene Krankheitssymtome, denen unser Blick heutzutage in den obersten und untersten Schichten der Gesellschaft begegne. Zurück! Zurück! müsse man da der Menschheit zurufen. Zurück zur guten, alten, deutschen Art; zurück zu einem geordneten, soliden Familienleben; zurück zu ernster, strenger Kinderzucht; zurück zum Gehorsam gegen die Obrigkeit; zurück zur Wertschätzung der Charakterbildung und zur Wertung des Menschen nach seinem Charakter nicht bloß nach seinem Wissen; zurück zu einer vernünftigen, d. h. christlichen, Lebensführung, zur Mäßigkeit, Nüchternheit, Züchtigkeit, Sparsamkeit, Genügsamkeit! Fort mit dem Bildungsschwindel, Wissensschwindel, Freiheitsschwindel, Festschwindel. Diesen Ruf richte er vor allem an die Katholiken selbst. Auch in ihre Kreise sei der Unheil stiftende Bildungsschwindel eingedrungen. „Wir haben seit neuerer Zeit einen „Bildungskatholizismus" und „Bildungskatholiken"; seltsame Geschöpfe, Zwitterwesen, welche haltlos hin und herschwanken zwischen Glauben und Nichtglauben, zwischen Anerkennung der kirchlichen Autorität und Mißachtung derselben, zwischen Ergebenheitsbezeigungen nach der Seite der Kirche hin und Komplimenten nach der entgegengesetzten Seite; sie wollen die unmöglichsten Kompromisse schließen zwischen Glauben und Unglauben, zwischen Christenleben und Weltleben, zwischen Christus und Belial, und kompromittieren dabei nur sich selbst. . . . So meinen andere, es sei höchste Zeit, dem alten, verstaubten, ungebildeten Christentum und Katholizismus möglichst viel von moderner Verstandes- und Wissensbildung zu infiltrieren und beide mit moderner Kultur neu aufzupuzen; sonst kommen sie ja ganz aus der Mode und aus dem Kurs und würden sie ihren Einfluß verlieren. Naive Vorstellung unreifer und unberufener Reformer, welche nicht eine Kirchenreform wollen, die wir alle wollen und anstreben, sondern selber eine Reformkirche nach ihrem Kopf und „modernen Grundsätzen" konstruieren möchten." Der Bischof verwahrt sich gegen die „unwürdige Unterstellung," er habe als den zweiten Hauptfeind, der zu bekämpfen sei, die gläubigen Protestanten bezeichnet, während er doch nur die Evangelisationsgesellschaft gemeint habe. Den konfessionellen Kampf entzünden oder zu schüren bloß um des Kampfes willen, bloß aus Mutwillen oder Streitsucht oder Haß, ist ein Verbrechen. Gottes Wille ist, daß in unserem Lande beide Konfessionen zusammenleben, und zwar im Frieden zusammenleben. Wer das friedliche Zusammenleben mutwillig stört, ladet die schwerste Verantwortung auf sich. Daher haben die falsch gelesen und falsch gehört, welche in ihr Fanfarentöne vernahmen und eine Kriegserklärung gegen den Protestantismus sahen. Wohl habe ich zur Sammlung ermahnt und zur Bildung von Sturmkolonnen und Schlachtheeren, d. h. zur Pflege des katholischen Vereinswesens. Aber damit habe ich nicht, wie jüngst in einer sehr temperamentvollen Schramberger Erklärung zu lesen war, „den skrupellosen Steinwerfern, den ultramontanen Kampfhähnen die längst ersehnte Losung zum rücksichtslosen Dreinschlagen" gegeben. Soweit die Gmünder Rede das Verhältnis der Konfessionen betraf, sprach sie für jeden vernünftigen Hörer und Leser bloß von Verteidigung. Unsere Sturmkolonnen und Kriegsheere hat niemand zu fürchten, außer wer mutwillig uns angreift; denn das allgemeine Menschenrecht, uns zu wehren, können wir uns nicht nehmen lassen. Wir gehen allerdings auch offensiv vor, aber nur gegen die verderblichen Geistesmächte der Zeit, gegen die Mächte des Unglaubens und Umsturzes, gegen die falsche Bildung der Kultur, gegen den Moder und die Fäulnis der Modernen, gegen die Herrschaft des Alkohols und die Pest der Immoralität im Kampf um Wiedergewinnung und Herstellung der Wahrhaftigkeit, der Treue, der Charakterfestigkeit, der Einfalt und Bescheidenheit, der Genügsamkeit und Zufriedenheit. Das ist der Kulturkampf, den wir führen, der Kampf um die wahre Kultur."

Deutsches Reich.

Berlin, 10. Juni. Eine außerordentliche Generalversammlung des Kriegervereins Friedrichsfelde hat gestern den Beschluß gefaßt, 11 Mitglieder wegen Teilnahme an sozialdemokratischen Bestrebungen aus dem Verein auszuschließen. Die Betreffenden hatten bei der letzten Gemeindevertreterwahl für die sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt und deshalb vom Vorstande des Kriegervereins einen Verweis erhalten. Ihre Beschwerde dagegen wurde von der Generalversammlung einstimmig abgewiesen und ihr Ausschluß aus dem Verein mit der Begründung verfügt, „daß sich eine Beteiligung an den Bestrebungen der Sozialdemokratie, wie sie die Ausgeschlossenen durch ihre Stimmenabgabe bekundet haben, absolut nicht mit den Zwecken und Zielen der Kriegervereine vertrage."

Mannheim, 9. Juni. Die gestern hier abgehaltene Hauptversammlung des Bundes der Landwirte für das gesamte Südwestdeutschland im großen Saale des Apollotheaters war von etwa 2000 Mitgliedern besucht. Das Hauptvorstandsmitglied Lucke-Patershausen leitete die Versammlung mit begrüßenden Worten ein. Den Vorsitz übernahm dann Graf Wilhelm Douglas, der Landesvorsitzende für Baden. Nach einstündigem Vortrage des Bundesvorsitzenden Dr. Rösicke wurde nachstehende Resolution mit allen Stimmen angenommen:

„Die heute in Mannheim versammelten Bauern, Mitglieder des Bundes der Landwirte, erklären, daß sie von allen Abgeordneten, welche die Interessen der deutschen Landwirtschaft und des deutschen Mittelstandes vertreten wollen, erwarten, daß sie nur einem solchen Zolltarif ihre Zustimmung geben, welcher die Interessen aller Erwerbsstände ausreichend und gleichmäßig schützt. Sie erwarten, daß die Brüsseler Zuckerkonvention von dem deutschen

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Reichstag abgelehnt wird, da sie den deutschen Zuckerrübenbau zu vernichten geeignet ist."

Darmstadt, 10. Juni. Der Großherzog von Hessen wird sich, wie hiesige Blätter melden, auf Einladung des englischen Königs voraussichtlich am 21. d. M. zur Krönungsfeier nach London begeben.

Darmstadt, 10. Juni. Die zweite Kammer hat den Antrag Schmidt und Genossen, die Beratung des Main-Neckarbahnvertrags zu verschieben und die Regierung zu ersuchen, zum Zweck einer Revision des Vertrags von 1896 mit der preußischen Regierung in Verbindung zu treten, mit 29 gegen 20 Stimmen abgelehnt und darauf den Staatsvertrag, betr. die Main-Neckarbahn, mit 31 gegen 17 Stimmen angenommen.

Dresden, 10. Juni. Nach dem soeben beim Oberhofmarschall aus Sibyllenort eingegangenen Bericht empfing der König in den letzten Tagen wiederholt den präsumtiven Thronfolger Prinzen Georg, der dann jedesmal längere Zeit im Gespräch mit seinem Bruder am Krankenlager verweilte. Heute in früher Morgenstunde ließ sich der König über Regierungsangelegenheiten Vortrag halten und erledigte eine größere Anzahl der ihm am Herzen liegenden Gnadengesuche.

Dresden, 11. Juni. Aus Sybillenort wird mitgeteilt, daß der König von Sachsen in den heutigen Vormittagsstunden wiederum mehrer Regierungsgeschäfte erledigte.

Thorn, 8. Mai. (Militärische Beerdigung eines Knaben.) Mit militärischen Ehren wurde in Mocker der fünfjährige Sohn der dort wohnhaften Witwe Stonetzki beerdigt, der vor einigen Tagen von dem durch einen Leutnant des Infanterie-Regiments Nr. 176 selbst gelenkten Wagen ohne dessen Verschulden überfahren worden war und dabei seinen Tod gefunden hatte. An der Beerdigung des verunglückten Knaben nahm das gesamte Offizierscorps des Regiments Nr. 176 unter Führung seines Obersten teil, auch die Regimentskapelle war zur Ausführung der Trauermusik vollzählig zur Stelle. Die Trauerfeierlichkeit machte auf die zahlreichen Teilnehmer einen ergreifenden Eindruck.

Bremen, 9. Juni. Der Schnelldampfer des Norddeutschen Lloyd Kronprinz Wilhelm stellte einen neuen Oceanrekord auf. Das Schiff verließ letzten Dienstag nachmittag New-York und traf heute vormittag 10.05 Uhr in Plymouth ein. Die auf der Reise erzielte durchschnittliche Geschwindigkeit betrug 23,53 Seemeilen in der Stunde. Bisher hielt der Hamburger Dampfer Deutschland mit 23,51 den Oceanrekord, welcher nunmehr durch den Kronprinz Wilhelm geschlagen ist.

Gerichtssaal.

r. **Heilbronn**, 11. Juni. Zahnarzt Pfeiffer hier, der unterm 20. März d. J. wegen Kuppelei und Anstiftung hiezu zu 7 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt worden war und gegen dieses Urteil Revision beim Reichsgericht eingelegt hatte und zwar mit dem Erfolg, daß die Sache wegen Anstiftung zur Kuppelei zur erneuten Verhandlung an die Strafkammer zurückgewiesen wurde, ist jetzt von der letzteren wiederum zu der gleichen Strafe verurteilt worden. Auch gegen dieses Urteil hat Pfeiffer wieder Revision eingelegt.

r. **Ulm**, 11. Juni. Das Divisionsgericht verurteilte gestern den Musikdirigenten Bley vom Ulanenregiment 19, der einem unaufmerksamen Trompeter einige Ohrfeigen gab, zu 15 Tagen gelinden Arrest. Bley hat den Feldzug 1870/71 mitgemacht und ist Inhaber des Eisernen Kreuzes.

Ausland.

Wien, 10. Juni. Hier erschoß sich ein 13jähriger Bürgerschüler namens Winkler aus Schwärmerei für die Burensache und aus Trübsinn über die Niederlage der Buren. Er hinterließ einen Zettel, auf dem geschrieben stand: „Ich bleibe meinem Schwur treu und folge der Burenfahne."

Rom, 11. Juni. Der Papst hielt am Montag vormittag in der Sala Regia ein öffentliches Konsistorium ab, bei dem er den Kardinälen Martinelli, Skrdenski und Kniaz die Kardinalshüte überreichte. In dem anschließenden geheimen Konsistorium wurden mehrere Bischöfe ernannt, darunter Dr. Lingg für Augsburg. Der Papst, dessen Aussehen als vorzüglich bezeichnet wird, hielt eine Ansprache, in der er sagte, er danke Gott, daß er ihm ein so langes Leben geschenkt habe, um das Pontificatsjubiläum begehen zu können. Er sei glücklich über die Pilgerzüge nach Rom. Sodann drückte der Papst seine Trauer aus, daß die Feinde der katholischen Kirche Italien, insbesondere Rom, zu entchristlichen suchten durch Ausbreitung und Schutz von Ketzern und des Protestantismus. Die Ansprache wandte sich dann auch gegen die Unzucht, die sich in Schriften, Reden und Theatervorstellungen breitmache.

Haag, 10. Juni. Die zweite Kammer nahm den Gesetzentwurf an betreffend die deutsch-niederländische Uebereinkunft zur Errichtung von Kabellinien im Anschluß an das neu zu legende Pacifickabel Manilla-SanFrancisco. Dagegen sprach in der Hauptsache nur Pynacker-Hordyk, der ein von Deutschland unabhängiges Kabel Menado-Manilla forderte.

Haag, 10. Juni. Das Amtsblatt veröffentlicht ein Schreiben der Königin, in dem dieselbe allen Denen, welche ihr in den Tagen ihrer Krankheit und gelegentlich des Wiederbeginns ihrer Genesung ihre Teilnahme bekundet haben, ihren herzlichen Dank ausspricht. Dieser neue Beweis der Liebe ihres Volkes habe sie tief gerührt.

Schloß Schaumburg, 10. Juni. Königin Wilhelmina der Niederlande ist mit der Königin-Mutter heute abend hier eingetroffen.

Paris, 10. Juni. Der „Matin" veröffentlicht eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Combes. Auf eine Bemerkung des Berichterstatters, wonach der sozialistische Deputierte Jaurès geäußert habe, das neue Kabinett könne ganz gut 4 Jahre dauern, habe Combes erwidert: „Sie erschrecken mich! Ich soll 4 Jahre Ministerpräsident bleiben, ich, dessen letzte Worte zu Waldeck-Rousseau waren: „Sie ziehen sich zurück, weil sie müde sind. Sobald sie ausgeruht haben, vergessen sie ja nicht, mir ein Zeichen zu geben!" Ich werde aber gewiß nichts dagegen thun, um in Kurzem wieder zu gehen. Das wäre Verrat. Ich habe ein Programm, das ich mit allem Eifer verteidigen werde." Combes bestätigte sodann, daß die vier Hauptpunkte seines Programms lauten: Einführung der zweijährigen Militärdienstzeit, strikte Anwendung des Vereinsgesetzes, Aufhebung des Gesetzes Falloux und Einführung einer allgemeinen Einkommensteuer. Das nächste Budget werde ein Budget unbarmherziger Ersparnisse sein.

Paris, 10. Juni. Bezüglich der vom deutschen Reichskanzler Grafen Bülow gelegentlich der Verhandlungen über die Aufhebung des Diktaturparagraphen gehaltenen Rede sagt ein anscheinend offiziöser Artikel des Figaro: „Manche Franzosen gaben sich der Hoffnung hin, daß Frankreich durch ein außereuropäisches Uebereinkommen eine mit Deutschland gleichwertige Genugthuung in Europa erlangen könnte. Diese Hoffnung war eine Illusion. Aber wenn gewisse Leute noch an ihr festhalten sollten, so wollte Graf Bülow nicht, daß sich nunmehr irgend Jemand darüber täusche. Dank Bülow ist die Situation auf deutscher Seite von unvergleichlicher Klarheit. Was uns anlangt, so haben wir keine Ursache, dieselbe zu verdunkeln. Wir sind von den korrekten Beziehungen, die wir zu unseren Nachbarn unterhalten, befriedigt und sind bereit, die Courtoisie, für die wir wiederholt Beweise erhielten, mit gleicher Courtoisie zu erwidern. Wir wohnen ebenso wie die Deutschen in einem Friedensgebäude, dessen Bewohner, wie der Reichskanzler jüngst in der dem Figaro bewilligten Unterredung sagte, sich je nach Zeit und Ort mehr oder weniger behaglich fühlen, aber es ist uns in noch höherem Maße unmöglich, dem Erbgute unserer Erinnerungen zu entsagen, als es Deutschland schwer fällt, auf einen einzigen seiner Siege zu verzichten, und da wir außerhalb des Gebiets, auf das Deutschland zu begeben sich weigert, nichts von ihm zu verlangen haben, so werden wir auch weiterhin in den gutnachbarlichen Beziehungen, welche die Zeit zwischen Frankreich und Deutschland hergestellt hat, den genauen und hinreichenden Ausdruck dessen finden, was die Sorge um den allgemeinen Frieden und die Wahrung eigener Interessen von einer richtigen Politik verlangen." Die Aurore sagt betreffs der Erklärungen des Reichskanzlers Grafen Bülow: Die Rede beweise, daß die Germanisierung Elsaß-Lothringens eine vollendete Thatsache sei. Was bedeuten dieser Thatsache gegenüber die deklamatorischen Behauptungen der Revanchehelden? Wir beglückwünschen, so sagt das Blatt, die Deutschen nicht zu diesem Ergebnis, aber wer wagt, die Elsaß-Lothringer zu tadeln?

Madrid, 9. Juni. Morgen läuft die Frist ab, die den Orden gewährt worden ist, um sich in die Register der Präfekturen einzuschreiben. Mehr als 3000 Kongregationen haben sich eingeschrieben, aber viele haben es nicht gethan und haben kanonische Dokumente vorgewiesen, die zum Teil ins Mittelalter zurückreichen. Nachdem die liberale Presse die Frage gestellt, was die Regierung thun werde, wenn die von ihr gewährte Frist abgelaufen sei, versichert das offiziöse Organ El Correo, daß die Orden, die sich nicht eingeschrieben haben, aufgelöst werden gemäß dem Vereinsgesetz von 1887. El Imparcial dagegen behauptet, es werde gegen die wiederspenstigen Kongregationen trotzdem nicht vorgegangen werden mit Rücksicht auf die Verhandlungen, welche mit dem Vatikan wegen der Reform des Konkordats schweben.

New-York, 10. Juni. Das höchste Gericht bestätigte Johann Rosts Verurteilung zu einem Jahr Gefängnis.

Sechs größere Schiffsbauhöfe gründeten einen Trust, genannt United Staatet Ship Corporation, mit einem Kapital von 25 Millionen Dollar in Aktien und voraussichtlich 9 Millionen Bonds.

New-York, 10. Juni. Nach dem Wochenbericht des Wetterbureaus ist Regen ganz allgemein von Nöten, am meisten in der ganzen Baumwollzone. Insekten verursachten in Teilen von Texas, Louisiana und Georgia einigen Schaden.

England und Transvaal.

Köln, 10. Juni. Die Bochumer Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes richtete an die Hauptleitung des Verbandes das Ersuchen, angesichts der Thatsache, daß die auf Seiten der Buren fechtenden Ausländer keinen Anspruch auf Wiederherstellung des zerstörten Eigentums haben, das noch in der Burensammlung vorhandene Geld ausschließlich zur Unterstützung der in den Kämpfen in Südafrika beteiligten Deutschen zu verwenden.

Nunmehr steht fest, daß Krüger unter keinen Umständen nach Südafrika zurückkehrt. Krüger erhält Tausende von Beileidskarten aus allen Gegenden der Welt. Er erklärte, vorläufig in Utrecht bleiben zu wollen. Von Holland aus haben sich bereits Körperschaften zur Erhaltung des Niederdeutschtums in Südafrika gebildet. Es soll ein erbitterter stiller Kampf gegen den englischen Eindringling von dort aus geleitet werden.

Wien, 10. Juni. Nach hierher gelangten Nachrichten soll eine wesentliche Verschlimmerung im Befinden des Präsidenten Krüger eingetreten sein.

Utrecht, 10. Juni. Präsident Krüger ließ die Flagge von Transvaal auf seiner Villa einziehen. Man deutet das als ein Zeichen der Anerkennung der englischen Souveränität.

Durban, 10. Juni. Schalk Burger erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter des Natal Mercury, Präsident Steijn sei für den Frieden. Seine Krankheit sei der einzige Grund seiner Nichtanwesenheit auf der entscheidenden Konferenz gewesen. Er habe mit Krüger in keinem Schriftwechsel über die Friedensbedingungen gestanden. Schalk Burger sagt: Er habe bei seinen Versuchen in den Lagern gefunden, daß sich das Volk über die Beendigung des Krieges freue. Die Buren bewunderten Kitchener.

Das Blatt veröffentlicht die Uebersetzung eines Dokuments, in welchem die Buren ihre Gründe für die Unterzeichnung des Friedens auseinandersetzen. Der Natal Mercury bemerkt dazu: Die Bedingungen des Vertrags zeigen, daß keine Hoffnung mehr auf Unabhängigkeit bestand, da das Land verwüstet war und die Unterhaltungsmittel der Buren zu Ende gingen. Auch die Zustände in den Konzentrationslagern und in denselben herrschenden Krankheiten hätten die Buren zu Gunsten des Friedens beeinflußt. Sie seien ferner nicht im Stande gewesen, Tausende von Gefangenen in Sicherheit zu halten, und ihre verschwindende Anzahl gegenüber der britischen Uebermacht habe ihnen trotz aller Opfer keine Hoffnung auf den endgiltigen Sieg gelassen. Sie seien der festen Zuversicht, die Annahme der britischen Bedingungen habe ihre Lage derart gebessert, daß sie demnächst in den vollen Genuß der Vorrechte kommen würden, auf die zu hoffen sie ein Recht hätten.

Die beiden Burenführer Schalk Burger und Louis Botha haben folgende Kundgebung an ihre Landsleute erlassen:

„Offener Brief an alle Offiziere, Beamte und Burghers, die bis zum heutigen Tag ihre Pflicht gegenüber dem Land und Volk treu erfüllt haben. Kameraden, Brüder, Landsleute! Wir danken Euch herzlich für den Heroismus und für die Hinopferung von so vielem, was Euch teuer und lieb war. Wir danken Euch für den Gehorsam und die treue Pflichterfüllung in allem, was dem Afrikandervolk zur Ehre und zum Ruhm gereicht. Wir raten Euch allen, Euch in den Frieden zu schicken, Euch ruhig und friedfertig zu verhalten und der neuen Regierung Gehorsam und Achtung zu erweisen. Von den Vertretern beider Staaten ist eine Kommission ernannt zur Beschaffung von Geldmitteln u. s. w. für die Witwen und Waisen deren Gatten und Väter ihr Leben ließen im Kampf für Freiheit und Recht und die in unserer Geschichte fortleben werden. Wir sprechen unser inniges Mitgefühl denen aus, welche trauern, und bitten Gott, daß er ihnen Kraft geben möge, das Kreuz zu tragen. Auch unsern Weibern und Kindern möchten wir unsern Dank aussprechen, die so tapfer Opfer getragen haben, jetzt, da der Friede geschlossen ist, wenn auch nicht ein Friede, wie wir ihn ersehnten. Lasset uns da verharren, wohin Gott uns geführt hat. Mit gutem Gewissen können wir erklären, daß zwei und ein halb Jahr lang das Volk den Kampf in einer Weise führte, wie es die Geschichte bisher kaum kannte. Laßt uns nun einander die Hände reichen für einen anderen großen Kampf, der vor uns liegt, für die geistige und soziale Wohlfahrt des Volkes. Lasset uns allen bitteren Gefühlen entsagen, lasset uns vergessen und vergeben, auf daß die tiefen Wunden heilen mögen."

Vermischtes.

Der einzige Ueberlebende von Martinique. Von New-York wird berichtet, daß es die Leute, die an Zeitungen schreiben, besonders frappiert, daß ein verworfener Neger, wohl das elendste Individuum, das St. Pierre beherbergte, Raoul Sartout, mit dem Leben davongekommen ist. Der Mensch war in einer unterirdischen Zelle im Stadtgefängnis eingesperrt. Die Sun berichtet über die Rettung Sartout's folgendes:

„Kein Roman, kein Werk der Dichtkunst hat je etwas Merkwürdigeres ans Tageslicht gefördert als die Rettung dieses Negers. Dreißigtausend Menschen, von denen manche (!) einen reinen Lebenswandel führten, die Nächstenliebe pflegten und ihren Gott fürchteten, wurden durch einen Gitthauch vom Mont Pelée in verkohlte Leichen umgewandelt, während dieses der Hefe der menschlichen Gesellschaft angehörige Individuum, dieser Auswurf der Menschheit, am Leben bleiben durfte. Priester, Philantrop, barmherzige Schwester, Mutter und Kind, von keiner Sünde berührt, wurden einem schnellen u. schrecklichen Tode überliefert, während dieser Elende dem Dasein bewahrt bleibt. Sartout hätte nicht entkommen können, wenn seine Führung im Gefängnis besser gewesen wäre. Aber weil er ungehorsam und bösartig war, mußte er in ein unterirdisches Verließ gebracht werden. Wahrscheinlich wurde ihm seine Nahrung hingeworfen wie einem Hunde, mit dem frommen Wunsch des Kerkermeisters, er möge seinen Schädel an den Mauern einrennen. Der Gefangene hat die Vorgänge des Schreckenstages in seinem fast unverständlichen Dialekt erzählt. Er hörte das Donnern und Dröhnen des Mont Pelée, die dicken Mauern seiner Zelle erzitterten heftig, er fühlte den heißen Hauch des Vulkans sogar dort unten in der Tiefe. Die entsetzliche Stille, die dann folgte, sagte ihm, daß die Bevölkerung der Stadt eine Beute des Todes geworden sei und gleich Einem, den man vergessen hat, riß und rüttelte er an dem Gefängnisgitter. Dasselbe gab nach — er taumelte in einen andern Raum, in welchen heiße Asche von der Straße her trieb. Die Hitze war so groß, daß er schnell seine eigene Zelle wieder aufsuchte, wo er sich in die entfernteste Ecke verkroch, in Todesangst der weiteren Schrecknisse harrend. Nach vier Tagen wurde das Geschrei des halb irrsinnigen Negers von einer Rettungs-Mannschaft vernommen und er wurde, fast tot vor Hitze, Hunger und Durst, ans Tageslicht gebracht. Seine Verletzungen sind nicht tötlich und er wird leben — wahrscheinlich wird er noch nach vielen Jahren über die Zerstörung der Stadt St. Pierre berichten können."

[Wenn seine Rettung nur wenigstens die Folge hat, daß er noch ein brauchbarer Mensch wird.]

Druck und Verlag der G. W. Zaiser'schen Buchdruckerei (Emil Zaiser) Nagold. — Für die Redaktion verantwortlich: K. Paur.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Amtliche und Privat-Bekanntmachungen.

Stadtgemeinde Nagold.

Nadelholz-Stammholz-Verkauf.

Aus den Distrikten Badwald, Galgenberg, Mittlerbergle, Lemberg, Kehrhalde, Winterhalde und Killberg kommen

im Submissionswege

von im letzten Winter aufbereitetem gerepptem Stammholz:
ca. 1700 Stämme Langholz mit Festm.: 68 I., 290 II., 395 III., 450 IV., 15 V. Klasse.
ca. 260 Stämme Sägholz mit Festm.: 186 I., 84 II., und 12 III. Kl.
Rottannen und Weißtannen (mit nur wenig Forchen) in größeren und kleineren, meist nach Sägware und Bauholz abgesonderten Losen zum Aufstreich.

Die schriftlichen Offerte sind spätestens bis

Dienstag, den 17. Juni
vorm. 10 Uhr

für jedes Los abgesondert, in ganzen und Zehntels-Prozenten der Revierpreise pro 1902 unter verschlossenem Couvert mit der Aufschrift „Offert auf das Nadelstammholz der Stadtgemeinde Nagold" bei der **Stadtpflege** einzureichen, und dürfen die Submittenten der sofort nach 10 Uhr erfolgenden Oeffnung und Verlesung der Offerte beiwohnen. Tags darauf entscheidet der Gemeinderat über die Annahme der höchsten Offerte, worauf man die genehmigten Lose noch am nämlichen Tage an die Betreffenden ausschreiben wird, die als die Meistbietenden bis zum Empfang dieser Nachricht an ihre Offerte gebunden bleiben. Das Holz wird auf Verlangen vorher vorgezeigt. **Verkaufs-Auszüge** wären **rechtzeitig** zu bestellen bei

G.-Oberförster Weinland.

Schietingen.

Die Gemeinde verkauft einen zum **Schlachten bestimmten**

Farren.

Schriftliche Angebote werden bis **Montag, den 16. d. Mts.** abends 7 Uhr angenommen.
Bedingungen liegen auf dem Rathaus zur Einsicht auf.
Zugleich wird ein

jüngerer Farren

der Fleckviehrasse, womöglich mit Schein I. oder II. Kl. zu kaufen gesucht.

Gemeinderat.

Nagold.

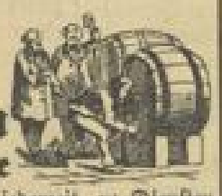
500 Zentner Kohlen

Ruhrflamm-Nuss II
verkauft und giebt in jedem Quantum ab

C. Klingler,
Elektrizitätswerk.

Nagold.
Erlaube mir, mein reichhaltiges Lager in

Weiß- und Rotweinen
verschiedener Jahrgänge



in empfehlende Erinnerung zu bringen. Muster jederzeit zu Diensten

J. Harr, Küfer.

Rechnungs-Formulare bei **G. W. Zaiser.**

Nagold.

Saison-Ausverkauf.

Um mein **großes Lager** möglichst zu räumen, verkaufe ich von heute an

Stroh-Hüte
für Damen, Mädchen und Kinder,
garniert und ungarniert, 30 % billiger als früher.

Damenblousen früher Mk. 1.40 jetzt Mk. 1.20
dto. „ „ 2.00 „ „ 1.60
dto. „ „ 3.00 „ „ 2.50 ꝛc.

Eine Partie farbige Damen-Jackets
früher Mk. 8.00 jetzt Mk. 5.00,

schwarze Damen-Jacken und Kragen
10 % billiger als seither.

Herm. Brintzinger.

K. Amtsgericht Nagold.

In der Konkurssache des
Gottlob Oettle, Waldhornwirts
in **Rothfelden,**
ist Termin zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters und zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis auf

Dienstag, den 8. Juli 1902
nachmittags 4¾ Uhr
vor dem Amtsgerichte hier anberaumt.

Den 10. Juni 1902.

Amtsgerichtssekretär:
Schaufler.

Im Konkurs

über das Vermögen des Waldhornwirts
Gottlob Oettle von **Rothfelden**
beträgt bei der bevorstehenden Schlußverteilung die verfügbare Masse ohne Abzug der Kosten
2364 ℳ 98 ₰,
die Summe der Konkursforderungen
15,588 ℳ 44 ₰,
worunter bevorrechtete
167 ℳ 82 ₰.

Altensteig, den 7. Juni 1902.

Konkursverwalter:
Bezirksnotar Beck.

Altensteig-Stadt.

Brennholz-Verkauf

am Mittwoch, den 18. Juni d. Js. nachmittags 2 Uhr
auf dies. Rathaus aus Stadtwald Priemen Abt. 3./30.:
7 Rm. buch. Scheiter
3 „ „ Prügel
9 „ tann. Scheiter (Schindelholz)
56 „ „ Prügel
262 „ „ Anbruch,
aus Stadtwald Hochdorferwald, Binsenberg:
14 Rm. tann. Prügel
10 „ „ Anbruch

Den 11. Juni 1902.

Stadtschulth.-Amt:
Welker.

Nagold.
Empfehle von frischer Sendung:

fste. Imperial-Orangen
„ Messina-Citronen
„ Tafel-Feigen
fleischig und dünnhäutig,
„ Calif. Datteln

bei billigsten Preisen.

Hch. Lang.

Nagold.

Milch

ist zu haben bei
Gottl. Lehre, Bäcker.

Nagold.
In saftig.

Emmenthaler Käse.
In
Limbg. Käse,
ächt Cair.
Kräuterkäse
fst. Dessert Rahmkäse
bringt empfehlend in Erinnerung
Hch. Lang.

Tinte

in verschiedenen Sorten
G. W. Zaiser's Buchhandlung.

Nagold.
Den werten **Bestellern** des

Christenbuchs

25 Lieferungen **à 40 Pfg.**
zur höflichen Mitteilung, daß Liefg. 1—5 in einigen Tagen teils per **Boten,** teils per **Post** zum **Versand** und **Einzug** kommen werden. Lfg. 6—10 ꝛc. folgen in 8tägigen Zwischenräumen.
Wir ersuchen höflich um **prompte Einlösung,** damit das Expeditionsgeschäft glatt vor sich gehen kann.
Mit bestem Dank für gütige Bestellungen

G. W. Zaiser'sche
Buchhandlung.

Nagold.

Caffee Caffee Caffee

frisch geröstet und **vorzüglich** im **Geschmack**
½ Pfd. 50 ₰ — 60 ₰ — 70 ₰
½ Pfd. 80 ₰ — 90 ₰

Perl-Caffee
½ Pfd. 50 ₰

bei **Carl Bernhardt,**
Mehl- und Spezereihandlung
b. Rathaus.

Liederkranz Nagold.

Einladung.

Am **nächsten Sonntag** macht der Liederkranz dem Horber Bruderverein einen Gegenbesuch. Abfahrt mit Zug 12.²⁰, Rückkehr 8.¹⁰. Zur Beteiligung hieran laden wir unsere tit. Ehren- und passiven Mitglieder mit Fam.-Angeh. anmit freundlichst ein. Anmeldungen (Gesellschaftsbillet 85 ₰) wollen bis **längstens k. Samstag, mittags 12 Uhr,** bei uns. Schriftf. **Herrn Konditor Lang,** gemacht werden.

Der Ausschuß.

Hausknecht gesucht.

Suche zum sofortigen Eintritt einen jüngeren fleißigen, ehrlichen **Burschen.**
Zu erfragen bei der
Expedition d. Blt.

Bankkredit, Wechseldiskont, Betriebs- u. Hypothekenkapital ꝛc. streng discret in jeder Höhe.
W. Hirsch Berlag, Mannheim

Nagold.
Vorrätig:

Musikalisches Bilder-Buch
für die allerjüngsten Klavierspieler
von
Carl Buttschardt.
Preis 1 ℳ 50.

G. W. Zaiser'sche
Buchhdlg.

Asphalt-Röhren,
freistehende
Abortsitze,
Pissoirschalen,
Asphaltbelage,
Holzpflaster etc.
empfiehlt
Württ. Teer- u. Asphaltgeschäft
Wilh. Volz, Feuerbach
Kgl. Hoflieferant.

[AH]

Nagold.
Eine **freundliche**

Wohnung

mit 2 Zimmern, Küche und allem Zubehör für ein Ehepaar ohne Kinder sofort gesucht.
Zu erfragen bei
Jakob Walz, Emmingerstr.

Nagold.
Wilhelm u. Ernst Knodel
verpachten den

Futterertrag

ihrer Grundstücke an der Haiterbacherstraße und am Kirchhof.
Liebhaber wollen sich an sie wenden.

Nagold.
3½ Viertel

Wiesen

auf der Neuwiese, sowie 2½ Viertel

Espar

auf dem Steinberg verkauft oder verpachtet
Tuchmacher **Wagners Witwe.**

Mötzingen.
Einen noch gut erhaltenen
zweispännigen

Kuhwagen

verkauft wegen Aufgabe der Oekonomie **Philipp Thoma,**
Bäcker.

Fruchtpreise:
Altensteig, 4. Juni 1902.

Neuer Dinkel	—	—	7	30	— —
Haber	10	—	9	81	9 60
Gerste	—	—	9	—	— —
Roggen	8	75	8	62	8 50

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw